

## Nie mehr einfach abtauchen

Parlament will sich für künftige Krisen wappnen

fab. · Der 15. März 2020 wird unrühmlich in die Geschichte des Parlaments eingehen. An jenem Sonntag haben die Büros von National- und Ständerat, also die Präsidien, angesichts der Eskalation der Corona-Pandemie den Abbruch der Session beschlossen. Der abrupte Rückzug wurde scharf kritisiert. Die nach Volk und Ständen oberste Gewalt mache sich aus dem Staub, hiess es. Nun regiere der Bundesrat im Alleingang. Die Kritik war arg zugespitzt, scheint aber die öffentliche Wahrnehmung bis heute zu prägen. Erst Anfang Mai 2020 konnte die Legislative mit einer ausserordentlichen Session wieder in das Geschehen eingreifen.

Wie kann das Parlament künftig seine Handlungsfähigkeit in Krisen sicherstellen? Wie kann es vom Bundesrat erlassenes Notrecht vernünftig überprüfen? Am Freitag hat die Staatspolitische Kommission des Nationalrats eine Vorlage mit konkreten Vorschlägen präsentiert. Vorab räumt sie mit einem Missverständnis auf: An den rechtlichen Kompetenzen liegt es nicht. Theoretisch kann das Parlament fast alles: Änderungen an Notverordnungen verlangen oder eigene Noterlasse beschliessen – alles ist möglich. In der Praxis aber sind die Möglichkeiten des Parlaments limitiert. Das liegt gemäss der Kommission vor allem an fehlenden Ressourcen sowie «teilweise trägen Strukturen». Soweit möglich, soll sich dies ändern. Zum Beispiel könnte neu ein Viertel der Mitglieder «unverzüglich» eine Session verlangen, sobald der Bundesrat mit Notverordnungen regiert.

Ein wesentlicher Punkt ist umstritten: Soll es neu möglich sein, bundesrätliches Notrecht gerichtlich überprüfen zu lassen (abstrakte Normenkontrolle)? Die Idee geniesst im Parlament Sympathien, die Kommission will nun aber davon absehen. Zum einen sei das Bundesgericht kaum in der Lage, innert nützlicher Frist Stellung zu beziehen. Zum anderen bestehe das Risiko von Widersprüchen. Deshalb will die Mehrheit, dass die Überprüfung von Noterlassen weiterhin allein dem Parlament obliegt. Eine Minderheit aus Grünen und SVP fordert jedoch den Einbezug des Gerichts.

In praktisch allen anderen Punkten herrscht Einigkeit. Unter anderem sollen klare Regeln für virtuelle Sitzungen festgelegt werden. In Notlagen könnte das ganze Parlament online tagen, was heute ausgeschlossen ist. Dies soll aber die absolute Ausnahme bleiben, insbesondere mit Blick auf die Verfassung, die von physischen Zusammenkünften ausgeht. Daneben will das Parlament seinen Einfluss ausbauen. Der Bundesrat müsste zum Beispiel schneller reagieren, wenn ein Vorstoss die Änderung einer Notverordnung verlangt. Auch die Frist für die Umsetzung wäre kürzer.

Die Vorschläge zur Stärkung des Parlaments werden im März im Nationalrat diskutiert. Klar bleibt bei all dem, dass in Krisen weiterhin primär der Bundesrat das Heft in der Hand haben wird, da nur er rasch genug handeln kann.



Sagt immer noch, wo es langgeht: Der SVP-Urvater Christoph Blocher spricht an der Albisgüti-Tagung 2022. MICHAEL BUHOLZER / KEYSTONE

## SVP wird zur Strom-Partei

Der Energiemangel und der Ausstieg aus dem Atomausstieg als Schwerpunkt

DAVID BINER

Was bleibt nach der Pandemie? Sicher ein mulmiges Gefühl beim Händeschütteln, eine angestaubte Yogamatte in der Abstellkammer. Und eine erstarkte SVP. Die Volkspartei ist laut dem SRG-Wahlbarometer vom Herbst die erfolgreichste Partei. Nach einem Dämpfer bei den Wahlen 2019 hat sie sich auf sehr hohem Niveau wieder gefasst. 26,6 Prozent gaben bei der Umfrage an, beim nächsten Mal die SVP wählen zu wollen.

Das neue Coronavirus bescherte der Partei alte Feindbilder. Der auswuchernde Staat, angeführt von einem linken Gesundheitsminister, der nichts dagegen hatte, Macht und Medien auf sich zu konzentrieren. Die SVP hielt dagegen. Der SVP-Bundesrat Ueli Maurer machte mit, solidarisierte sich mit den Massnahmskeptikern und distanzierte sich immer wieder einmal von der regierenden Kollegialbehörde.

### Ruf nach «Strom-General»

Die «klare Linie», die viele SVP-Exponenten im Nachhinein für sich beanspruchen, hatte aber auch Brüche und Bögen. Die harte Massnahmenkritik der Parteileitung verschreckte Teile der Basis. Zudem war für Aussenstehende nicht immer klar, wer die Partei durch die Pandemie führte. Präsident Chiesa? Fraktionschef Aeschi? Christoph Blocher? Dieser ist immer noch stark präsent, liefert Inputs. Auch auf die Frage, wie es weitergehen soll mit der SVP, die die Pandemie bereits für beendet erklärt.

Der SVP-Urvater pocht weiterhin auf die Unabhängigkeit und die Selbstbestimmung der Schweiz. Das innenpolitische Hauptproblem sieht er aber inzwischen in der drohenden Strommangellage. Diese drohe der Schweiz bereits ab 2025, sagt die Landesregierung warnend. «Das ist schon morgen», sagt Blocher. Die Parteileitung hat beim neuen Schwerpunktthema nachgerüstet und sich von der Basis den entsprechenden Auftrag erteilen lassen. An der Delegiertenversammlung vor zwei Wochen wurde beschlossen, dass die SVP alles unternehmen soll, «um eine unabhängige und kostengünstige Energieversorgung sicherzustellen». So fordert sie vom Bundesrat, unverzüglich einen «Strom-General» damit zu beauftragen, bis im Sommer entsprechende Lösungsvarianten auszuarbeiten.

«Von mir aus können sie ihn auch anders nennen», sagt Blocher zur Kriegsrhetorik. Man habe im Austausch mit den zuständigen Stellen des Bundes feststellen müssen, dass eigentlich niemand für die Stromversorgung verantwortlich sei. Die SVP werde keine Gelegenheit auslassen, auch die zuständige Energieministerin Simonetta Sommaruga (SP) in «die richtige Richtung» zu lenken. Was Blocher nicht will, ist eine ideologische Verzerrung bei den verschiedenen Energieträgern und Technologien. Natürlich sei es nötig, als Sofortmassnahme die Laufzeit der Kernkraftwerke zu verlängern. Aber Blocher konzentriert sich auf die einfache Vermittlung hochkomplexer Themen. «Es geht um den Strom, der aus der Steck-

dose kommt und allen Haushalten und Betrieben schmerzlich fehlen wird, wenn es zu einem Blackout kommen sollte. Stellen Sie sich das einmal vor!»

### Detailfragen für Sommaruga

Mit ihrer Strom-Offensive schraubt die SVP an den Parametern der Klimadebatte. Die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele der Schweiz seien zugunsten einer sicheren Energieversorgung aufzuschieben. Seit der Abstimmung über das CO<sub>2</sub>-Gesetz, das die SVP im Alleingang versenkt hatte, hat sich die Partei als ernstzunehmender Akteur in der Klimapolitik etabliert. Christian Imark hat sich hier festgebissen.

Der Solothurner Nationalrat will in der nächsten Sitzung der zuständigen Energiekommission den Bundesrat auf eine gemeinsame Diskussionsgrundlage bringen. Mit über einem Dutzend Detailfragen will er von Bundesrätin Sommaruga wissen, wie diese zum Bau von neuen Kernkraftwerken steht. «Seit Fukushima und dem kopflosen Atomausstieg haben wir mehr als zehn Jahre verloren», sagt Imark, der mit seinen vierzig Jahren Blochers Enkel sein könnte.

Auch der SVP-Doyen erinnert daran, dass seine Partei die einzige gewesen sei, die den Ausstieg aus der Kernenergie damals bekämpft habe. «Aber es bringt uns heute nichts, wenn wir das unseren damaligen Gegnern ständig unter die Nase reiben», so Blocher. Er freue sich über jeden Verbündeten, der in der Zwischenzeit zur gleichen Erkenntnis gelangt sei wie die SVP.

## PAROLENSPIEGEL

Abstimmung vom 13. Februar 2022

### Stempelabgabe

Die Schweiz gilt als Land mit moderater Steuerbelastung. Doch sie hat auch einige Steuerarten, die im Ausland selten vorkommen. Dazu gehört die Emissionsabgabe auf dem Eigenkapital von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften. Der Bund hat mit der Abgabe im Mittel der letzten 20 Jahre etwa 250 Millionen Franken pro Jahr eingenommen. Die NZZ ist für die Abschaffung.

Parteien:	
Ja	FDP, SVP, Mitte, GLP
Nein	EDU, EVP, Grüne, SP

Verbände und Organisationen:	
Ja	Arbeitgeberverband, Gewerbeverband, Economiesuisse
Nein	EDU, EVP, Grüne, SP, Gewerkschaften

### Tabakwerbeverbot

Die Initiative verlangt ein weitgehendes Werbeverbot für Tabakprodukte, damit Kinder und Jugendliche nicht zum Rauchen verführt werden. Das Parlament hat das Tabakproduktegesetz bei einer Revision im Herbst leicht verschärft, es fungiert nun als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative. Diese geht den Gegnern viel zu weit, weil sie auch praktisch alle Tabakwerbung für Erwachsene unterbinde. Die NZZ lehnt die Tabakinitiative ab.

Parteien:	
Ja	SP, Grüne, GLP
Nein	SVP, FDP, Mitte

Verbände und Organisationen:	
Ja	Ärztevereinigung FMH, Lehrerverband, Swiss Olympic, Krebs- und Lungenliga
Nein	Economiesuisse, Gewerbeverband, Verband Schweizer Medien

### Medienförderung

Die Medien sollen künftig rund 150 Millionen Franken jährlich mehr erhalten. Auch Online-Medien sollen erstmals subventioniert werden. Die Redaktion der NZZ lehnt das Medienpaket ab.

Parteien:	
Ja	SP, Grüne, Mitte, GLP
Nein	FDP, SVP, EDU

Verbände und Organisationen:	
Ja	—
Nein	Economiesuisse, Schweizerischer Gewerbeverband

### Tierversuchsverbot

Tierversuche sollen vollumfänglich verboten werden. Und mit Tierversuchen entwickelte Produkte sollen nicht mehr importiert werden dürfen. Die Initianten wollen auch sogenannte «Menschenversuche» verbieten. Welche Bereiche der Forschung damit genau erfasst werden, lässt der Initiativtext aber offen. Die NZZ lehnt die Initiative ab.

Parteien:	
Ja	—
Nein	FDP, SVP, SP, Grüne, EVP, EDU, Mitte, GLP

ANZEIGE

# Pensionierung

**AHV:** Wie hoch ist mein Anspruch?

**Pensionskasse:** Rente, Kapital oder beides?

**Hypothek:** Soll ich amortisieren?

**Steuern:** Wie kann ich sparen?

**Nachlass:** Wie sichere ich meine Familie ab?



Mit der Pensionierung ändert sich Ihre finanzielle Situation grundlegend. Was Sie heute entscheiden, bestimmt Ihren Lebensstandard für viele Jahre. Eine unabhängige Beratung beim VZ VermögensZentrum zahlt sich aus. Überzeugen Sie sich selbst: Das erste Gespräch ist kostenlos und verpflichtet Sie zu nichts.

[www.vermoegenszentrum.ch](http://www.vermoegenszentrum.ch)

